

Vorweg: wenn ich mit dir, Helmuth, diskutiere, denke ich zuerst an deine Stellungnahme zur Europawahl „Leben ohne Grenzen und ohne Nationalismus und Kriege...“, wo du formulierst: *„Migration ist eine Errungenschaft der EU, denn sie ist ein Zeichen der Freiheit, dorthin gehen zu können, wo man sich mehr Glück und Chancen verspricht. Sie ist ein Hintergrund für unsere Stärke: Wenn’s bei der Arbeit oder zu Hause zu schrecklich wird, können wir aufbrechen und etwas Neues suchen; das schwächt die Macht der Arbeitgeber und anderer „Autoritäten“ und stärkt unsere Verhandlungsmöglichkeiten.“*

Und ich weiß: **Ich diskutiere mit jemandem, der meine Ziele teilt.**

Nun zu deinem Paper „Fragmentarisches, um die Offenheit der politischen Landesgrenzen gegen Angriffe von rechts zu verteidigen.“:

Helmuth, du formulierst dort in der Einleitung:

„Verstetigung von Grenzkontrolle heißt bei der Konstruktion des Schengenraums nichts anderes als die Verunmöglichung von Asylanträgen in Deutschland. Hintergrund für diese Entwicklung ist u.a. eine gezielte und leider erfolgreiche Kampagne der AfD. Damit ist es der AfD gelungen, die Willkommenskultur zu brechen und Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Gleichzeitig fanden in linken Diskursen aber politische und analytische Elemente von Zuwanderung keinen Platz mehr und vorhandene Probleme blieben unbeantwortet.“

Ich finde, das Thema ist hiermit zu kurz gefasst: Deutschland als größtes EU-Land hat mit entscheidendem Einfluss mit Hilfe der Dublin-Regelung durchgesetzt, dass alle Asylersuchen an den EU-Außengrenzen gestellt, dort entschieden werden und Asylberechtigte dort verbleiben müssen. Würde diese Regelung 100prozentig realisiert, gäbe es in Deutschland keine Asylanträge und keine sog. irreguläre Migration. Zudem finanziert die EU mit Betreiben Deutschlands die Grenzwälle und -regime in Griechenland und der Türkei, die dortigen Abschiebelager und Frontex mit seinen Überwachungsflugzeugen etc. Deutschland und Von der Leyen bestärken Griechenland in seiner Push-back-Politik. Wenn man von „der Konstruktion des Schengenraums“ und von geschlossenen Grenzen spricht, die Migration verhindern, dann muss die EU-Grenze mitgedacht werden – die dort geltenden Regelungen sind zum großen Teil den deutschen Regierungen zu verdanken. **Und eine linke Vision zur Migration muss die EU-Grenzen miteinbeziehen.**

Es ist relativ einfach, von „offenen Grenzen“ zu sprechen, wenn man die EU-Regelungen unberücksichtigt lässt – Festung Europa wird uns dann die Welt schon vom Halse halten.

Wenn man diese Forderung aber ernst nimmt, muss man sie auch auf die EU-Grenzen beziehen – und dann wird es schwierig: Man müsste konkrete Wege, aber auch Begrenzungen der offenen Migration zwischen EU und Nachbarn benennen. Die europäische Diskussion zu diesen Fragen ist meines Wissens nicht weit gediehen, und ich maße mir nicht an, hierfür Lösungen zu benennen.

Daraus resultiert, dass ich Forderungen vertrete, die du als eine „rein defensive Reaktion“ bewertest: **Ich verlange, dass das geltende Asylrecht, die Genfer Konvention, EU-Recht und die EU-Urteile zur Flucht beachtet werden.** Ich gehe damit aber weiter als du, wenn du zu Recht verlangst:

„Flucht vor inhumanen oder das eigene Leben bedrohende politische und ökonomische Verhältnisse ergänzt das Grundrecht auf Migration: die Verhinderung ihres Erfolgs ist ein Akt unterlassener Hilfeleistung. Die Prüfung jedes Einzelfalls von Flucht ist damit aus linker Sicht ein Individualrecht, das nicht hintergebar ist.“ Genau! Die Konsequenz daraus heißt: Beendigung des Sterbens im Mittelmeer, keine Finanzierung der libyschen Küstenwache, keine Pushbacks nirgendwo etc. Alles das liegt im Einflussbereich der deutschen Politik.

Ansonsten, wenn man von Fluchtregelungen absieht: Millionen kommen nach Deutschland und verlassen es wieder, weil sie es für richtig halten und weil sie als EU-Bürger*innen, aufgrund von Quotenregelungen, Anwerbeaktionen etc die Möglichkeit dazu haben. Sie haben gute Gründe dafür und mir steht es nicht zu, anderen das gute Leben abzusprechen, das ich mir wünsche – erst recht nicht als Linker. Und deshalb werde ich nicht hinter EU-Grundrechten und migrationsfreundlichen Gesetzen zurücktreten und weitergehende Einschränkungen fordern.

Damit ist zur Migration alles gesagt. Alles andere ist das, was natürlich eine große Aufgabe ist und was Horst Kahrs so beschrieb: „*Und erstmal ginge es also auch darum, zu sagen, dass das ‚Migrationsproblem‘ kein ‚lösbares‘, sprich zu beseitigendes Problem ist, sondern bleibt.*“

Einerseits ist da das Faktum, dass über 40 % der Schüler*innen einen „Migrationshintergrund“ haben, dass also die Diversität automatisch ein Teil der zukünftigen Gesellschaft ist und deren Beziehungen zu anderen Ländern folglich Möglichkeiten der Migration erfordern – praktisch als Teil der Innenpolitik. Andererseits benutzen Populisten fast aller Parteien demagogische abwertende Erzählungen der Migration, um von anderen Politikfeldern abzulenken und sich Machtoptionen zu beschaffen, „zur Überdeckung des Versagens staatlichen Handelns und ‚Legitimierung‘ politischer Eingriffe, die anders nicht ohne weiteres durchsetzbar wären“, wie du zu Recht sagst. Zudem schafft Migration ein „bleibendes Problem“ in Bezug auf Wohnungen, Schulen etc **Es kann also sein, dass in dieser Frage keine Hegemonie und keine win-win-Situation erreicht werden kann, sondern geteilt und ein Abwehrkampf gegen rechte „We-first-Politik“ geführt werden muss – insbesondere, wenn man die Folgen des Klimawandels, der Bodenzerstörung, des Meeresspiegelanstiegs und der Kriegspolitik sowie des Rüstungsexports der Großmächte bedenkt.** Und deshalb scheint mir deine folgende Zielsetzung eher eine Irreführung zu sein – ich kann nicht erkennen, dass es in der Macht europäischer Linker liegt, so etwas zu erreichen:

„*Aus linker Sicht gelte es, eine Multitude von Lebensverhältnissen auf dieser Welt herzustellen, die Flucht unnötig macht, Migration ihre einseitige Richtung nimmt und „erratisch“ werden lässt, als Zeichen zunehmender Freiheit, Gleichheit, Fürsorge und Kooperation überall auf dieser Welt.*“

„*Für Linke ist klar, dass die Diskussion um Flucht und Migration ohne Benennung und Bekämpfung ihrer Ursachen heuchlerisch ist.*“ Mir ist nicht klar, was du damit sagen willst. Für Linke ist Kritik an strukturellen Ausbeutungsstrukturen in der Beziehung Metropolen und globalem Süden selbstverständlich Pflicht – aber eine Diskussion über die Geltung von Menschenrechten auf den Fluchtwegen nach Europa und an den Grenzen Europas muss nicht zwingend mit der Kritik z. B. an den Taliban verbunden werden. **Für europäische Linke sollte unabhängig von Zuständen anderswo der Einsatz dafür, dass Grund- und Menschenrechte für alle in Europa und an seinen Grenzen ohne Einschränkung gelten – und nicht mindere Rechte für Menschen von anderswo -, als Selbstverständlichkeit gelten.** Ansonsten erscheint mir das Reden von Freiheit und Gleichheit heuchlerisch. Und der Verweis darauf, dass man sich gegen Fluchtursachen wenden solle, wird oft als Entschuldigung dafür geäußert, sich nicht genügend für bedrohte Flüchtlinge an den Grenzen und in Europa einzusetzen. (Ich weiß aber, dass das nicht deine Absicht ist, und nehme ja auch deine Forderung zu gleichem ALG in der ganzen EU wahr.)

„*Die realen Flüchtlinge sind nicht unbedingt diejenigen, die am ehesten flüchten müssten.*“ Der Satz müsste wohl eher lauten: „Die realen Flüchtlinge, die in der EU ankommen, sind nicht unbedingt diejenigen, die am ehesten flüchten müssten.“ Nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge kommt nach Europa, der größte Teil – und die meisten Familien - weicht durch Binnenmigration oder durch Flucht in die Nachbarländer aus. Die beklagten „überwiegend junge Männer“ sind jedoch oft von den Familien geschickt, weil die Fluchtwege zu gefährlich/tödlich oder zu teuer sind. Die Familien hoffen auf Familiennachzug. Diesen zu begrenzen, verschärft den Mangel an Arbeitsplätzen für alleinstehenden jungen Männer mit ihren typischen Männer-Verfehlungen, der beklagt wird. Und legale Zugangswege ohne Lebensgefahr würden ein ganz anderes Bild ergeben.

„*Linkes Denken und Handeln sind primär kein Handeln aus (linker) Regierungssicht. Die letzten Jahrzehnte haben ein Verschwinden der Unterscheidung von linker Politik und Regierungshandeln hervorgebracht. Regierungshandeln ist immer ein solches, das mit einer Vielzahl unterschiedlicher Bevölkerungsblöcke und Regierungen umgehen muss und in diesem Verhältnis Hegemonie austariert. Linke Politik sucht dagegen nach einer prinzipiellen Veränderung und ist primär autonom gegenüber solchen Einschränkungen. Es macht weder Sinn, diese Freiheit linken Denkens*

direkt auf staatliches Handeln übertragen sehen zu wollen, noch linke Interventionen auf politisch direkt Durchsetzbares zu reduzieren ...“

Abgesehen davon, dass Regierungshandeln momentan überhaupt nicht „Hegemonie austariert“, sondern durch Nachplappern von AfD-Demagogie Hass befördert, und dass die letzte Phase der Willkommenskultur viel mit Merkels zeitweiser Zulassung von Flucht zu tun hatte, folgt aus meiner bisherigen Ausführungen, **dass es keinesfalls nur um linkes Alltagshandeln gehen kann. Flucht in dem Umfang, wie sie zu erwarten ist, bedarf staatlichen Schutzes und hoher staatlicher Zuschüsse. Die Geltung von Grundrechten hat viel mit Gerichtsurteilen und auch mit polizeilichem Handeln zu tun. Ob Flucht noch eine Chance hat, hat viel mit Regierungsentscheidungen zu tun.**

„Abgelaufene Duldung ohne gesetzliche Perspektive auf Verlängerung birgt das Potenzial von Gewalttätigkeit gegenüber dem Gastland.“

„Es führt kein Weg darum herum, Abschiebungen nach dem Auslaufen aller rechtlichen Möglichkeiten auch direkt und schnell zu vollziehen.“

„Die Frage der Abschiebung nach schwererer Straffälligkeit muss zumindest neu diskutiert werden.“

Während du sonst meist allgemeinpolitisch argumentierst, wechselst du jetzt die Ebene und sprichst plötzlich über konkretes Polizeihandeln. Das finde ich überraschend – **Abschiebungen würden ja kein Grundproblem lösen. Sie finden bereits in hohem Ausmaß statt und treffen Kinder, die aus ihren Schulzusammenhängen gerissen werden, wie Erwachsene.** Auch wenn Willkür hier eine große Rolle spielt, können Linke nur in Einzelfällen Abschiebungen verhindern. Wir müssen sie also weitgehend hinnehmen. **Andererseits würde eine Verschärfung nichts an Gewaltstrukturen, Einsamkeit, psychischen Problemen ändern.** Am ehesten könnte eine Erweiterung von Familienzusammenführung sich in dem Bereich positiv auswirken (wie du ja selber schreibst). Aber warum ausgerechnet eine Verschärfung von Abschiebungen fordern und hiermit das sowieso breit gepflegte Narrativ der Rechten verstärken??? Die nächste Regierung wird schon Abschiebungen befördern, auch nach Syrien und Afghanistan, da müssen wir keine Sorge haben. Ich habe lieber eine Veranstaltung – gemeinsam durch Kirche, Seebrücke und unserem Griechenlandverein organisiert – unterstützt, die sich für Menschlichkeit mit Hilfe von Kirchenasyl einsetzt.

Zu den Plattformen: Nichts gegen linke Angebote an Migranten. Entscheidend für ihre Situation aber ist staatliches Handeln. Und hierauf müssen wir uns beziehen.